



GZ. 200315/0001-III/9/2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

19/11**Vortrag an den Ministerrat****betreffend die IWF/Weltbank-Frühjahrestagung****vom 20. bis 23. April 2018 in Washington D.C.**

Vom 20. bis zum 23. April 2018 nahm ich an der Frühjahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) in Washington, D.C. teil. Neben dem Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC) führte ich sowohl auf Seite des IWF als auch der Weltbank verschiedene bilaterale Gespräche. Seitens der Oesterreichischen Nationalbank nahmen Gouverneur Dr. Nowotny und Vize-Gouverneur Mag. Ittner an der Tagung teil.

Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Ziel des Treffens war es, auf höchster Ebene die zentralen weltwirtschaftlichen Probleme zu diskutieren. Der IWF-Stab gab einen Überblick über die aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklung: das globale Wachstum hat sich 2017 weiter beschleunigt. Diese Dynamik wird sich auch 2018 und 2019 fortsetzen und wird angetrieben durch die Erholung der Investitionen in den entwickelten Ländern und hohem Wachstum in den aufstrebenden osteuropäischen und asiatischen Volkswirtschaften. Vor diesem Hintergrund wird für 2018 und 2019 jeweils ein globales Wachstum von 3,9% prognostiziert. Der breite Wirtschaftsaufschwung in den Industrieländern wird sich 2018 und 2019 vor allem in der Eurozone und Japan fortsetzen, das Wachstum soll laut IWF bei 2,5% bzw. 2,2% liegen. Für die Eurozone wird für heuer und das kommende Jahr ein Wachstum von 2,4 % bzw. 2,0% prognostiziert. Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven werden aber wegen der niedrigen Produktivität, der negativen demographischen Entwicklungen sowie ungelöster Probleme mit privaten und öffentlichen Schulden vom IWF als nur moderat eingeschätzt. In den USA verschafft die expansive Fiskalpolitik dem Land in den kommenden Jahren einen zusätzlichen Wirtschaftsaufschwung, mittelfristig dämpfen die Rückwirkungen der Fiskalpolitik jedoch das

Wachstum. Das Wachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften (EME) wird heuer und im kommenden Jahr auf 4,9% bzw. 5,1% ansteigen und im Vergleich zum Vorjahr regional weniger unterschiedlich verlaufen.

Die bisherigen Politikempfehlungen des IWF für die Industrieländer und besonders für Europa – moderate Fiskalpolitik, Strukturreformen, Infrastrukturinvestitionen, expansive Geldpolitik (bzw. langsame Normalisierung bei Annäherung an das Inflationsziel) - bleiben aufrecht. Der IMFC fordert dazu auf, das gegenwärtige Zeitfenster für Reformen zu nützen, die den Aufschwung stützen, die Krisenfestigkeit verbessern und das mittelfristige Wachstumspotenzial zugunsten aller Bevölkerungsteile erhöhen. Frühere Bekenntnisse zur multilateralen Zusammenarbeit wurden erneuert (Vermeidung von kompetitiven Abwertungen von Währungen, Stärkung des Handels und Zusammenarbeit im Steuerbereich). Abschließend bekannte sich der IMFC zu einem Abschluss der 15. Quotenüberprüfung bis 2019 und forderte die volle Umsetzung der Governance-Reform des Jahres 2010.

Bilaterale Gespräche

Im Zuge der Frühjahrstagung nahm ich außerdem diverse bilaterale Gesprächstermine wahr.

Auf Weltbankseite traf ich den Managing Director und Chief Administrative Officer der Weltbankgruppe, Shaolin Yang. Ich informierte ihn über die Schwerpunkte der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft Österreichs und versicherte, die ausgezeichnete bisherige Kooperation zwischen den Institutionen der Weltbankgruppe und Österreich weiterhin fortzusetzen und zu vertiefen. Darüber hinaus betonte ich die Bedeutung des Weltbankbüros in Wien und unterstrich, dass auch zukünftige Bestrebungen der Weltbankgruppe den Wiener Standort zu stärken, Österreichs Unterstützung finden werden. Der Standort Wien erweist sich für Internationale Finanzinstitutionen, wie die Weltbankgruppe als sehr attraktiv und hat gute Chancen noch weiter aufgewertet zu werden.

Des Weiteren traf ich mich mit Kristalina Georgieva, World Bank Chief Executive Officer, Axel van Trotsenburg, Vizepräsident für Concessional Finance, Cyril Muller, Vizepräsident der Region Osteuropa und Zentralasien, sowie Philippe Le Houérou, CEO und Leiter der Internationalen Finanzkorporation (IFC). Im Zentrum dieser Gespräche standen die bevorstehende Kapitalerhöhung bei der Weltbank und der Internationalen Finanzkorporation, sowie der Standort der Weltbankgruppe in Wien.

Ich folgte außerdem der Einladung des Weltbankpräsidenten, Jim Yong Kim, und Bill Gates an ihrem Empfang teilzunehmen, der im Zeichen innovativer Wege zur Kooperation von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit stand.

Auf Ansuchen des Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Suma Chakrabarti, traf ich mich mit diesem, um aktuelle Themen und Fragen in Bezug auf die zukünftige strategische Ausrichtung der Institution zu besprechen.

Auf IWF-Seite gab es Treffen mit Mitsuhiro Furusawa (Deputy Managing Director, IWF), Poul Thomsen (Leiter des European Department), Tobias Adrian (Financial Counselor), Tom Dorsey (IWF-Mission Chief für Österreich) und Sharmini Coorey (Leiterin des IWF-Institute for Capacity Development).

Ich führte auch Gespräche mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Türkei, Mehmet Şimşek, dem kanadischen Finanzminister Bill Morneau und dem iranischen Vize-Minister für Wirtschaft und Finanzen Mohammad Khazaei. Darüber hinaus erfolgten Treffen mit David Malpass (Undersecretary im US Treasury), Randal Quarles (Vice Chair, Federal Reserve) und der Heritage Foundation, einem führenden US Think-Thank sowie mit der Organization for International Investment (OFII) und der Tax Foundation.

Bei einem Abendessen mit Finanzministern ausgewählter EU-Mitgliedstaaten thematisierte die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, die Gefahren des Protektionismus für den Welthandel.

Am Rande der Tagung fand außerdem eine Zeichnungszeremonie zur Weiterführung des Übereinkommens über das Joint Vienna Institute (JVI) statt, womit die erfolgreiche Zusammenarbeit des IWF mit dem Bundesministerium für Finanzen und der Oesterreichischen Nationalbank um vier Jahre verlängert wird.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

17. Mai 2018

Der Bundesminister:

Hartwig Löger